



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**  
NEW YORK OFFICE

## DIE WELT VON NEUEM BEGINNEN

Wisconsin, Occupy und die kommende Linke

Von John Nichols

## Inhaltsverzeichnis

Lektionen aus Wisconsin. Von den Herausgebern.....	1
--	---

### **Die Welt von Neuem Beginnen**

#### **Wisconsin, Occupy und die kommende Linke**

Von John Nichols

Die radikale Geschichte des Bundesstaates Wisconsin.....	4
Die Geburt einer Massenbewegung.....	5
Die Dominanz des Großen Geldes.....	6
Von Kairo nach Madison.....	9
Engagierte Republikaner, müde Demokraten.....	11
Lehren für die Linke.....	14
Eine humane Austeritätspolitik ist unmöglich.....	17
Ansatzpunkte für die kommende Linke.....	20
Wisconsin und Occupy sind erst der Anfang.....	21

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Oktober 2012

**Herausgeber:** Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg

**Adresse:** 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

**E-Mail:** info@rosalux-nyc.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

## Lehren aus Wisconsin

Der Aufstand in Wisconsin 2011 und 2012 sorgte für den größten Massenprotest von Gewerkschaftsaktivisten in der neueren US-amerikanischen Geschichte. Er entstand jedoch nicht im luftleeren Raum: Wisconsins Gouverneur, Scott Walker, verkündete seinen Angriff auf die Arbeitsrechte, mit dem er der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes das Recht auf Tarifverhandlungen entzog, am selben Tag, an dem Hosni Mubarak nach 30 Jahren als ägyptischer Diktator zurücktrat.

Während die meisten amerikanischen Schmalspurmedien den Zusammenhang übersahen, fiel er den Einwohnern von Wisconsin unmittelbar auf. Die richtige Reaktion auf offene Unterdrückung ist nicht, auf die nächste Wahl zu warten. Die richtige Reaktion ist es, auf die Straße, in die Hauptstadt zu gehen, öffentliche Räume zu besetzen, zu bleiben, wo man nicht gewollt ist, und andere zum Mitmachen einzuladen.

Aber ebenso, wie die Transformation Ägyptens sich als weniger transformativ herausstellte, als jene, die sich auf dem Tahrir-Platz versammelten, gehofft hatten, tat sich die Bewegung in Wisconsin schwer, die Forderungen von der Straße auf den elektoralen Machtkampf zu übertragen. Dennoch gab zweifellos bemerkenswerte Erfolge. Als die Bewegung die Gegner der Arbeitsgesetzgebung zwang, sich vorgezogenen Neuwahlen zu stellen, verloren so viele von ihnen ihre Ämter, dass die Kontrolle über den Senat des Bundesstaates von Walkers Republikanern auf die Demokraten überging, die sich der Verteidigung der Angestellten im öffentlichen Dienst verschrieben haben.

Wisconsins romantische Revolutionäre – die, wie sich herausstellte, wesentlich mehr praktische Fähigkeiten hatten, als die meisten Mainstream-Liberalen – erschreckten die Politiker und die milliardenschweren Wahlkampfspender bis ins Mark. Als sich die Massenbewegung dann Walker zuwandte, versammelten sich die Wirtschaftseliten bundesweit hinter dem Tea-Party-Helden. Walker hatte in der Abberufungswahl einen Vorteil bei den Wahlkampfspenden von 8:1 gegenüber seinem demokratischen Herausforderer und gewann mit 53 zu 47 Prozent der Stimmen. Aber das war nicht das Ende der Bewegung, die in Wisconsin begann und die sich seitdem auf andere Staaten und die Occupy-Bewegung ausgedehnt hat.

John Nichols, renommierter Journalist und Autor von „Uprising: How Wisconsin Renewed the Politics of Protest, from Madison to Wall Street“ (Nation Books: 2012), stellt die Bewegung in den zeitgeschichtlichen Kontext. Er argumentiert, dass die USA seit Jahrzehnten keinen so ausdauernden linken Aktivismus erlebt haben. Er zeigt aber auch: Die Ausdehnung dieser Massenbewegung von den Straßen auf die Wahllokale wird nicht einfach werden. Sie wird grundlegender Strukturreformen bedürfen. Das wiederum erfordert radikalen Aktivismus über viele Jahre – ebenso wie der Übergang des Kampfes der Bürgerrechtsbewegung der 1950er und 1960er Jahre von den Straßen des Südens in die Korridore der Macht viele schwierige Jahre durchlebte. Die wahre Zukunft der Vereinigten Staaten wird daher in einem gewaltlosen Kampf entschieden: zwischen denen, die für eine neue Politik des Protestes stehen, und denjenigen, die an einer alten und zunehmend korrupten Ordnung festhalten.

*Stefanie Ehmsen and Albert Scharenberg  
Leiter des Büros New York, Oktober 2012*

# Die Welt von Neuem beginnen

## Wisconsin, Occupy und die kommende Linke

Von John Nichols

Von Rebecca Solnit, dieser großartigen Philosophin der Hoffnung in finsternen Zeiten, hören wir, der revolutionäre Impuls sei stets gegenwärtig. Stets auf der Suche nach einem Zugang, einem Einlass, einer Bewegung, durch die er aus den Schatten ins Licht der Öffentlichkeit, der Straßen und Plätze und der Korridore der Macht gelangt. „Auch heute noch existiert diese Sehnsucht“, bemerkte Solnit vor einigen Jahren.

*Sie ist die Antriebskraft einer gewaltigen neuen Bewegung, für die wir bisher nicht einmal einen Namen haben; einer Bewegung, in der nicht so sehr Links mit Rechts konfrontiert ist als vielmehr Unten mit Oben, Klein mit Groß, Lokal und Dezentral mit hochkonzentrierter Macht. Wenn wir die alten Definitionen beiseiteließe, könnten wir erkennen, wo die neuen Bündnisse liegen; und diese Bündnisse – aus Kleinbauern, Fabrikarbeitern, Umweltschützern, aus den Armen, den Autochthonen, den Gerechtigkeitsliebenden, den Weitblickenden – könnten gegen die ganz dem Konzernprofit verschworenen Mächte und die Gewalttätigkeit der Institutionen enorme Kraft entfalten.*

Natürlich hat Solnit recht. Selbst wenn es der Weltlinken einmal besonders schlecht geht, hören wir doch Nachrichten wie diese: Eine Fahrradbrigade radelt in Sachen Sozialismus quer durch ganz Indien; ein lateinamerikanischer Bauernführer wird als Präsident vereidigt; afrikanische Umweltschützer wehren sich gegen das Agrobusiness der Konzerne; in Griechenland erlangt eine Kleinpartei auf einer Welle der Empörung über Austeritätsmaßnahmen den Status der parlamentarischen Opposition; in Deutschland nehmen entschiedene Linke in Stadtverwaltungen und Landesregierungen Platz.

Doch wie oft kommen solche hoffnungsvoll stimmenden Nachrichten aus Amerika? Nein, ich denke dabei nicht an Barack Obamas Kampagnenslogan Hope, der die Wahl eines fähigen, aber leider recht einfallslosen Manager-Demokraten begleitete. Ich meine die Hoffnung, von der Solnit spricht: die Unteren gegen die Oberen, Klein contra Groß.

Nein, aus Amerika kommen solche Meldungen nur zu selten. Ebendeshalb stehen die Bilder aus Wisconsin uns immer noch so lebhaft vor Augen: wie in den ersten Monaten des vergangenen Jahres Hunderttausende von Gewerkschaftsmitgliedern und ihre Verbündeten das Kapitol des US-Bundesstaats Wisconsin erst umzingelten und dann besetzten. Und wie sie dann eine Bewegung formierten, die seither in Wisconsin und in anderen Staaten überall in den USA immer neue Widerstandsaktionen angeregt hat und weiter anregt.

Angesichts dieser Bilder stellt sich eine elektrisierende Frage: Wenn selbst im Bauch der Bestie, im Herzen des Landes, das in der Weltwirtschaft wie in den politischen und militärischen Angelegenheiten des Planeten derart dominiert, radikaler Widerstand aufkommen kann, ist so etwas dann nicht überall in der Welt denkbar? Stimmt er also tatsächlich, der Satz: Eine andere Welt ist möglich?

Ebendas ist, ganz elementar, der Grund, weshalb die Vorgänge der letzten anderthalb Jahre in Wisconsin und anderswo in Amerika so wichtig sind, weit über die Grenzen eines einzelnen Staates oder auch des ganzen Landes hinaus. Dass in der Finsternis ausgerechnet aus Ame-



rika kräftige Hoffnungsfunken kommen könnten, ist gerade deshalb bedeutsam, weil es in letzter Zeit nicht eben Amerikas Sache war, revolutionäre oder radikale Vorstellungen zu beflügeln.

Seit Jahrzehnten versuchen Tony Benn, der große britische Parlamentarier, und ich alljährlich, eine Bilanz der politischen Entwicklungen auf diesem Planeten zu ziehen, und immer wieder hat mich der Umstand verblüfft, dass Benn, der Brite, das progressive Potential Amerikas stets zuversichtlicher beurteilte als ich, als ein Kind dieses Landes. Beide hatten wir durchaus Amerikas radikale Geschichte vor Augen: Diese Nation, ins Leben gerufen durch einen politischen Publizisten vom Rang eines Thomas Paine; im revolutionären Kampf gegen das britische Empire zusammengeschweißt; erzogen von französischen Fourieristen und deutschen 1848ern, die einem neuen Land sozialistische und kommunistische Ideen brachten; gestärkt durch immer neue Schübe einheimisch-amerikanischer populistischer, progressiver, christlich-sozialistischer, sozialdemokratischer und anarcho-syndikalistischer Agitation; mit Verheißungen, die Wirklichkeit wurden – aufgrund der Pionierleistungen im Felde der Bürgerrechte, der Frauenrechte, der LGBT (Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle) und der Umweltbewegungen.

Aber seit die Ära eines korporatistischen Extremismus à la Bush/Cheney abgelöst wurde durch die lauwarmen Kompromisse Barack Obamas und einer Demokratischen Partei, die Märkte lieber managen will als ihre Funktionsweise zu korrigieren oder sie durch bessere Lösungen zu ersetzen, drängt sich die Vorstellung geradezu auf, Amerika habe sich vom Radikalismus gänzlich verabschiedet. Zumindest auf der Linken. Seit den großen Erfolgen der Socialist Party in den beiden ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts waren in jenem Februar 2011

fast 100 Jahre vergangen. Die Gewerkschaftsbewegung befand sich seit fünf Jahrzehnten im Niedergang. Und die Massenbewegungen der 1960er Jahre erschienen der Gegenwart kaum wirklicher und wichtiger als die Massenbewegungen der 1860er. Es handelte sich nicht etwa nur um eine Art Fortschrittsblockade. Nein, alle Errungenschaften der vergangenen hundert Jahre lagen unter schwerem Beschuss einer neuen Generation stramm rechter Republikaner, die aus ihren Abwrackplänen keinerlei Hehl machten. Es ging dabei nicht allein um die Abschaffung der „Great Society“ Lyndon Johnsons, des bisher letzten Präsidenten, der sich auf halbwegs sinnvolle Weise des Problems der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit anzunehmen versuchte. Nein, es geht vor allem um die definitive Zerstörung dessen, was wir Franklin Roosevelt, dem größten progressiven Präsidenten unserer Zeit, verdanken – um die Auslöschung des „New Deal“. Dass die extreme Rechte bei den „Zwischenwahlen“ von 2010 sowohl auf einzel- wie auf bundesstaatlicher Ebene so schnell und so gründlich wiedererstarken konnte, schuf eine Situation, in der plötzlich sogar manche Demokraten sich so anhören wie die Banker Europas, wenn sie Austerität predigen.

Im Februar 2011 sah es in Amerika – und, in Anbetracht der wirtschaftlichen und militärischen Macht Amerikas, in der Welt – also ziemlich düster aus. Noch bedenklicher stand es um mein Verhältnis zu Tony Benn, denn ich würde ihm wohl – ein für allemal – die Augen öffnen müssen: Amerika drängte derart machtvoll und entschieden nach rechts, dass Tony sich von seinen romantischen Vorstellungen definitiv trennen müsse: In den Vereinigten Staaten gab es keinerlei revolutionären Geist mehr, der nur auf seine Stunde wartete, nicht einmal einen Hauch davon.

Es war ein Winter der Entmutigung – doch dann kam Wisconsin.

## Die radikale Geschichte des Bundesstaates Wisconsin

Dieser Bundesstaat im Norden der Vereinigten Staaten ist nicht einfach einer unter anderen. Deutsche und skandinavische Einwanderer haben ihn historisch ganz spezifisch geprägt. In Wisconsin also hatte sich ein Aufstand zusammengebraut, der 2011 offen ausbrach. Auslöser war eine Initiative des republikanischen Gouverneurs Scott Walker, die für die Gewerkschaftstätigkeit im öffentlichen Sektor geltenden Gesetze dahingehend ändern zu lassen, dass die Gewerkschaften ihre Mitglieder in Tarifverhandlungen nicht mehr wirksam vertreten können. Der Plan des Gouverneurs ging sogar so weit, den Gewerkschaften das Recht zu nehmen, Beiträge zu erheben, wie sie es seit jeher tun, und sie zu zwingen, die Mitgliedschaft alljährlich zu erneuern. Walker versuchte, kurz gesagt, die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors ihrer Funktion zu berauben und ihnen die ernsthafte Vertretung der Mitgliederinteressen ebenso unmöglich zu machen wie den Einsatz für dringend erforderliche öffentliche Dienstleistungen – ob an den Arbeitsplätzen oder in der Staats- und Bundespolitik.

Nun unternahm Walker seinen Vorstoß aber eben nicht in irgendeinem Südstaat mit einer Geschichte der Rassentrennung, ausgeprägter ökonomischer Ungleichheit und mit den anti-gewerkschaftlichen Ressentiments, die derartige Spaltungsmuster so häufig begleiten. Walker tat es in Wisconsin, also in einem Staat mit fortschrittlicher Geschichte, in dem 1932 die größte Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes der Vereinigten Staaten entstand, die American Federation of State, County and Municipal Employees. Und es war dieser Bundesstaat, in dem 1959 das Recht auf Tarifverhandlungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes erstmals förmlich anerkannt worden war.

Aufgrund der einzigartigen Geschichte Wisconsins verstand man auf Anhieb, was Walkers

Attacke auf die organisierte Arbeitnehmervertretung bedeutete: Sollte er hier Erfolg haben, dann würde der Angriff auf den öffentlichen Sektor Wisconsins sich bis in den letzten Winkel der Vereinigten Staaten ausweiten – ein Angriff nicht allein auf die Gewerkschaften, sondern auf die öffentlichen Dienste selbst und ganz allgemein auf das Verständnis, dass Gemeinden, Staaten und Nationen bestimmte Dinge gemeinschaftlich anpacken müssen. Und ein Land, das die große Debatte zwischen sozialer Demokratie und Marktfundamentalismus bis heute nicht ausgestanden hat, geschweige denn die Debatte um Sozialismus und Kapitalismus, könnte schließlich so weit nach rechts kippen, dass an eine Erneuerung seines politischen Systems womöglich gar nicht mehr zu denken wäre.

Dass es im Jahre 2011 um außerordentlich ernste Fragen ging, muss ich nicht eigens betonen. Ebenso klar dürfte sein, dass diese Fragen bis heute keineswegs entschieden sind.

Die vorliegende Studie unternimmt es, den Aufstand in Wisconsin ebenso wie die aufstandsartigen Entwicklungen in anderen US-Bundesstaaten, zu denen er sich ausweitete, zu analysieren. Selbst die Occupy-Wall-Street-Bewegung verdankt ihre Entstehung, so unterschiedliche Protest- und Kritikströmungen in ihr zusammenfließen, letztlich den Entwicklungen jener ersten Monate des Jahres 2011. Mag der Aufstand in Wisconsin auch spezifischen Sorgen entsprungen sein, so war er doch von Anfang an mehr als die Revolte gegen eine bestimmte Politik oder einen bestimmten Politiker. Er war und ist ein Aufstand gegen die Austeritätslüge als solche und gegen unsere korrupten und kompromittierten politischen Zustände insgesamt. Ein Aufstand, der die größte Massenmobilisierung für Arbeitnehmerrechte in der modernen amerikanischen Geschichte bewirkte.

Eine klassenbewusste, mannigfaltige und vor allem radikale Wendung gegen das Abdriften nicht allein eines Einzelstaates, sondern einer

ganzen Nation in die Abgründe des Marktabsolutismus, wie es sich in den von der Austeritätslüge vorgegebenen Bahnen abzeichnet.

## Die Geburt einer Massenbewegung

Mit dem, was in Wisconsin und über Wisconsin hinaus 2011/2012 geschah, hätte selbst der größte Optimist und engagierteste Linke nicht rechnen können. Zu viel Vorbereitung hätte wohl auch den Augenblick – und den Aufstand – nur verderben können. Was da in Wisconsin passierte, geschah spontan: Lehrer und Schüler verließen die Klassenzimmer, zuerst, um auf ihr Kapitol zu marschieren, und schließlich, um es zu besetzen; Polizeioffiziere weigerten sich, Demonstranten auseinanderzutreiben, die von der Versammlungsfreiheit und ihrem Recht, Abhilfe gegen Missstände zu fordern, Gebrauch machten; vormals zögerliche Parlamentarier der Demokratischen Partei zogen aus dem Kapitol von Wisconsin aus und lehnten es ab, sich an der Durchsetzung eines Austeritätsprogramms zu beteiligen. Allein schon die schiere Zahl der Demonstranten – über 150 000 auf den Straßen einer Hauptstadt mit 200 000 Einwohnern und weitere Zehntausende in kleineren Städten und Gemeinden quer durch Wisconsin – und die Ausdauer derer, die da protestierten, besetzten und Neuwahlen forderten: Das alles war beispiellos.

Und wir bewegen uns weiterhin auf Neuland. Wie es in Wisconsin und darüber hinaus in anderen Bundesstaaten, in einer heftig in Bewegung geratenen Nation weitergeht, das bleibt eine Geschichte mit offenem Ende. Massenbewegungen branden auf, versickern und schwellen erneut an. Wahlen bringen Siege und Niederlagen – wie eben das tragische Scheitern der Wahlbewegung, die in Wisconsin einen rechtslastigen Gouverneur aus dem Amt

treiben sollte. Doch die Bedeutung dessen, was in Wisconsin und Amerika geschah, seit im Februar 2011 die ersten Demonstranten auf den Straßen erschienen, lässt sich nicht am Maße einer einzelnen Kampagne oder eines einzelnen Wahlergebnisses messen. Es hat sich etwas Grundlegendes verändert. Eine Bewegungspolitik hat Gestalt angenommen, eine Politik der Massenmobilisierung, die in Amerikas politischer Landschaft so lange fehlte und in einer Zeit der Konzerndominanz und der Medienmanipulation auch gänzlich unerreichbar schien.

Wisconsin strahlte aus – auf Ohio etwa, wo die Gewerkschaften und ihre Verbündeten es schafften, dass ein anderer republikanischer Gouverneur seinen Versuch, Gewerkschaftsmitglieder der einfachsten Rechte zu berauben, zurücknehmen musste. Und auf Wisconsin und Ohio folgten dann Bewegungen auch in anderen Staaten, die inzwischen so alltäglich sind, dass den Amerikanern allmählich aufgeht, was der Buchtitel des BBC-Wirtschaftsredakteurs Paul Mason „Why It’s Kicking Off Everywhere“ bedeutet: Es geht tatsächlich überall gleichzeitig los. Die ansteckende Bereitschaft, aktiv zu werden, blieb unbenannt und sogar bis zu einem gewissen Grade unerklärt, bis Occupy Wall Street die neue Bewegung auf Begriffe brachte: als explizit gegen Konzernmacht, Korruption und Klientelkapitalismus gerichtete Erhebung, welche die verbreitete, für die Herrschenden so überaus nützliche Apathie abzuschütteln begann und der wachsenden Wut einer überwältigenden Mehrheit Richtung und Ziel gab.

99 Prozent gegen das eine Prozent der Reichen und Mächtigen, das sich jetzt plötzlich im Fokus der Kritik wiederfand.

Die amerikanische Arbeiterbewegung, die nach Jahrzehnten des Niedergangs nicht mehr willens oder fähig erschienen war, sich zu wehren, verstand es plötzlich, wieder zu kämpfen. Als das Kapitol des Staates Wisconsin in Madison von Schülern besetzt wurde und diese dort nachts auf den Marmorböden kampierten, entdeckten sie, dass an ihrer Seite auch Vorsitzende internationaler Gewerkschaften ihr Nachtquartier bezogen hatten. Als Vertreter der Stadt New York die Demonstranten von Occupy Wall Street aus den Parks und Straßen von Lower Manhattan vertreiben wollten, strömten städtische Arbeiter in das finanzielle Zentrum der Vereinigten Staaten, um die Bodengewinne der Bewegung zu verteidigen. Die Vorsitzende der Service Employees International Union, eines der größten und mächtigsten Gewerkschaftsverbände der Welt, beließ es nicht bei Solidaritätserklärungen. Sie ließ sich festnehmen, zusammen mit Mitgliedern des New Yorker Stadtrats, Einwohnervertretern und Studenten, die nicht bloß eine andere Politik forderten, sondern eine ganz neue Wirtschaftsweise.

## Die Dominanz des Großen Geldes

Ganz so einfach ist das allerdings doch nicht. Nicht in den Vereinigten Staaten. Auch das zeigt die Entwicklung des letzten Jahres in Wisconsin. Es gibt tief sitzende Probleme, sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Art, die die Herausbildung einer neuen Linken behindern und komplizieren werden. Besser, man benennt sie gleich zu Beginn, statt sie aus dem Auge zu lassen oder zu unterschätzen, bis es der Rechten gelingt, ihr Blatt auszuspielen. Worauf will ich hinaus?

Kommentatoren vom rechten Flügel beschwerten sich heute ganz ungeniert, nachgerade überall in ganz Amerika schienen jetzt sozialistische und sozialdemokratische Vorstellungen aus dem Boden zu schießen. Die Radioreaktionäre haben selten Recht, aber hier liegen sie richtig: Die nächste Linke, die sich in Amerika gerade herausbildet, denkt vielleicht nicht in explizit sozialistischen Kategorien. Sie hat aber sehr viel weniger Probleme mit sozialistischen Vorstellungen als linke Bewegungen der jüngeren Vergangenheit, die in ideologischen Fragen die Vorsicht gebrannter Kinder walten ließen – die Zurückhaltung jener, die den Kalten Krieg und womöglich noch die Zeit erlebt hatten, in der Joe McCarthy, der Rechtsaußen-Senator, und seine Gefolgsleute selbst gemäßigte Reformpolitiker als „Kommunisten“ verdamnten.

Auf den Straßen, in den Versammlungsräumen der Gewerkschaften, den besetzten Parks und Parlamenten ist der Optimismus mit Händen zu greifen. Die Vorstellung drängt sich geradezu auf, dass irgendein unsichtbarer Schalter umgelegt worden sein muss, und dass die kommende Linke nicht mehr lange die „kommende“ bleiben wird – womöglich erleben wir bereits ihre Ankunft.

1. Der politische Betrieb in Amerika ist fast durchgängig korrumpiert. Kandidaten und Parteien verlassen sich auf die „Spenden“ der Reichen und wirtschaftlicher Interessengruppen. Milliarden Dollar fließen in endlose Wahlkampagnen, und nur allzu oft gewinnen dabei Politiker, die sich den Forderungen des Großen Geldes unterwerfen – ebenjener *money power*, die schon vor hundert Jahren populistische Wahlkämpfer benannt und angeprangert haben.



Amerikas Wahlkämpfe sind im Wesentlichen Marketingkampagnen, die durch massive Radio-, Fernseh- und Internet-Botschaften oder Postwurfsendungen die Öffentlichkeit beeinflussen sollen. Selbst Bewegungen, die auf der Straße erhebliche Kraft entwickeln, können deshalb an den Wahlurnen scheitern. Und Wählern, die sich doch für die eigenen Interessen einsetzen sollten, kann es passieren, dass sie sich bei der Stimmabgabe konträr verhalten. Getäuscht durch zynische Kampagnen, die die Öffentlichkeit unterschwellig manipulieren oder sogar unverhüllt irreführen.

Der von rechtslastigen Richtern dominierte Oberste Gerichtshof der USA hat es den Konzernen mit einer ganzen Serie von Entscheidungen jüngeren Datums sehr viel einfacher gemacht, den Tenor der Wahlkämpfe zu bestimmen. Gleichzeitig hat der Supreme Court es den Gewerkschaften drastisch erschwert, sich ihrerseits in die Politik einzuschalten. Ausgerechnet in einer Zeit, in der die Gewerkschaftsbewegung sich – mächtig angestoßen von Occupy – von innen heraus erneuert, sehen die Gewerkschaften sich stärkeren rechtlichen und politischen Einschränkungen ihrer Tätigkeit gegenüber als irgendwann seit den 1930er Jahren.

2. Selbst wenn es nicht die *money power* wäre, die amerikanische Wahlkämpfe so konservativ ausrichtet, würden die Strukturen für das gleiche Ergebnis sorgen. Ob auf nationaler, einzelstaatlicher oder kommunaler Ebene – überall fällt die Entscheidung nach dem Prinzip der einfachen Mehrheit zwischen den Kandidaten der Demokraten und der Republikaner. Anders als in den meisten europäischen Ländern, in denen die politischen Strukturen zumindest ein gewisses Maß an Parteienpluralismus zulassen, sind amerikanische Wahlen sowohl strukturell als auch praktisch durch zwei Parteien geprägt – die eine weit rechts stehend, die andere bestenfalls zentristisch, und beide willfährig gegenüber wirtschaftlicher Macht. Diese beiden Parteien dominieren sowohl finanziell als auch

in der Medienberichterstattung und den öffentlichen Auseinandersetzungen.

Zwar gibt es in Amerika auch alternative Parteien, insbesondere die Green Party, die auf allen Ebenen der Politik für ihre Prinzipien eintritt. In einigen Städten und Regionen haben die Grünen und andere Gruppierungen, etwa die New York Working Families Party und die Vermont Progressive Party, auch gewisse Erfolge erzielt. Aber wegen des Zwei-Parteien-Zugriffs auf den politischen Prozess und des verzerrten Bildes, das die Medienberichterstattung von diesem Prozess liefert, ist es in den Vereinigten Staaten viel schwieriger als in anderen Ländern, Bewegungspolitik in Wahlerfolge umzusetzen, also von den Straßen in die Wahllokale zu tragen. Nichts dient der Festigung des Status quo so nachhaltig wie Politikstrukturen, die Debatten und Entscheidungsoptionen einengen. Auf diese Weise wird die Übersetzung von Bewegungspolitik in elektorale Kraft abgewürgt, es sei denn, Bewegungen dringen in Großparteien ein und gewinnen – womöglich beherrschenden – Einfluss auf deren Nominierungsprozesse. Der rechtskonservativen Tea Party ist dies bei den Republikanern ein Stück weit gelungen.

3. Amerikas Medien, deren Aufgabe es sein sollte, als Gegengewicht zu politischer Macht und *money power* zu fungieren, betätigen sich allzu oft lediglich als Stenografen der Macht. Ganz überwiegend in Privatbesitz und von kommerziellen Zwängen bestimmt, tendieren sie schon immer dazu, als Lautsprecher wirtschaftlicher Interessen zu wirken und in den ökonomischen Debatten konservative Auffassungen zu verbreiten.

Das ist heute schlimmer denn je, zumindest, was Fernsehen, Radio und die Printmedien angeht, deren Erlöse angesichts der digitalen Konkurrenz schrumpfen. Die Redaktionen sind überlastet und verschwinden in vielen Fällen ganz einfach. In den letzten Jahren sind Hunderte von Tages- und Wochenzeitungen eingegan-

gen. In Großstädten wie Seattle und Denver gibt es nur noch ein Blatt, New Orleans ging kürzlich der Printausgabe seiner Tageszeitung verlustig und andernorts, überall im Lande, sind die Ausichten ähnlich schlecht.

Die „Nachrichten“-Sendungen im Fernsehen neigen weniger dazu, echte Nachrichten zu bringen, als sich vor allem mit Sport, Wetter und Lifestyle-Fragen zu befassen. Auch News-Kabelkanäle liefern kaum die Nachrichten selbst, sondern lieber reichlich Kommentare dazu. Und Internet-Seiten, auf denen man Nachrichten erwartet, sind oft so kümmerlich finanziert, dass sie, wenn überhaupt, nur wenige Reporter haben. In dieser Situation unterhalten sie lieber ausufernde Diskussionen über die immer gleichen Themen, tragen aber wenig zur Förderung des Informationsflusses bei.

Soweit amerikanische Medien überhaupt eine Botschaft haben, besteht sie zumeist in der Verkündigung absolutistischer Lehren von der Marktfreiheit, die auf wirtschaftliche Schwächezeichen nur eine Antwort kennen: Die öffentlichen Haushalte durch drastische Leistungskürzungen und Angriffe auf die Einkommensverhältnisse der Beschäftigten auszugleichen.

4. Amerika ist ein sehr großes und tief gespaltenes Land. Die suburbanen Entwicklungsmuster haben dazu geführt, dass große Teile der Bevölkerung heute in Communities, in denen die herkömmlichen Organisationsformen kaum mehr greifen, und in Regionen leben, wo Gewerkschaften und Bürgerengagement eher schwach sind. Das engt den Bewegungsspielraum der Linken ein. Während die Demokratische Partei in San Francisco oder Detroit durchaus nach links tendiert, tritt sie in einigen südlichen und westlichen Bundesstaaten außergewöhnlich konservativ auf. Und die Bürgermeister oder Gouverneure aus den Reihen der Demokraten zeigen sich oft für Austeritätsprogramme mit Leistungskürzungen und Angriffen auf den öffentlichen Dienst nicht we-

niger aufgeschlossen als ihre republikanischen Kollegen.

Örtlich und regional begrenzte Bewegungen, heißt das, können in spezifischen Debatten weit nach links gehen, aber amerikaweite Bewegungen haben es außerordentlich schwer, Zugkraft zu entwickeln. Und die ohnehin einschüchternd schwierige Aufgabe, Bewegungen von Region zu Region, von Staat zu Staat zu verknüpfen, wird nicht gerade erleichtert dadurch, dass eine klar definierte politische Formation – ganz zu schweigen von einer starken Partei der Linken –, die den Schwung verstärken könnte, schlichtweg fehlt.

All diesen Hemmnissen zum Trotz jedoch, kommt jetzt etwas in Gang. Auf der Linken entwickelt sich eine Bewegungspolitik, die nicht nur Entwurf oder strategische Hoffnung ist. Es gibt sie wirklich: Wisconsin, Ohio, Occupy – in den Vereinigten Staaten ist auf der Linken eindeutig Bewegung zu verzeichnen, ein Wandel zum Besseren. Doch dieser Wandel wird nicht zwangsläufig zu einer Erneuerung linker Politik führen – oder die amerikanische Politik per se in einem Sinne neu definieren, der sie irgendwie menschlicher oder zweckmäßiger machen würde als das, was wir aus den letzten Jahrzehnten kennen. Noch ist die nächste Linke, die da gerade entsteht, vor allem *work in progress*. Und dieser Fortschritt wird in erheblichem Maße von außeramerikanischen Faktoren beeinflusst, weil die kommende Linke in den USA nicht allein in den radikalen Traditionen der amerikanischen Fortschrittskräfte, sondern zugleich in globalen Zusammenhängen steht.

Bisher hat die amerikanische Linke die viel beschworene „internationale Solidarität“ nur ausnahmsweise so ernst genommen wie ihre europäischen und asiatischen Pendanten. Doch die kommende amerikanische Linke wurzelt in einem Verständnis globaler Solidarität, wie es – so lebhaft, wenn auch vielleicht noch zu wenig

wahrgenommen – in der jüngeren Geschichte Amerikas wohl nie zum Ausdruck kam.

Nehmen wir diese Feststellung also als Ausgangspunkt unserer Überlegungen.

## Von Kairo nach Madison

Der Wisconsin-Aufstand entstand nicht im luftleeren Raum. Seinen Generalangriff auf Gewerkschaftsrechte und Demokratie verkündete Gouverneur Walker just an dem Tage, an dem Hosni Mubarak stürzte, der Mann, der Ägypten dreißig Jahre lang im Gewande eines Präsidenten diktatorisch beherrschte. Was hatte Mubarak zu Fall gebracht? Nicht diplomatische oder militärische Drohungen von weither. Auch keine Wirtschaftskrise, obwohl die Zeiten schlecht genug waren. Geschweige denn eine Wahl, denn Mubarak und seine Leute hatten das ägyptische Wahlsystem fest im Griff. Was den Diktator aus dem Amt trieb, war eine von ihm nicht erwartete und schließlich unaufhaltsame Mobilisierung von unten. Es waren die zornigen Massen, die auf Kairos Tahrirplatz strömten, tage- und nächtelang dort aushielten und schließlich zumindest Teile der Eliten sowie des Militär- und Sicherheitsapparates für sich gewannen.

Am Abend der ersten Massenkundgebung gegen Walkers Politik in Madison sollte ich zu einer Versammlung von Lehrern und Schülern sprechen. Eine unglaublich große Menge hatte sich an einem der Eingänge des Kapitols eingefunden. Sie reichte über die Treppen hinunter bis weit über die große Rasenfläche hinaus. Wo früher vielleicht einige Hundert erschienen wären, waren diesmal Tausende von Demonstranten gekommen. Während ich auf meinen Einsatz wartete, gewährte ich neben mir einen Staatsangestellten, der ein Schild mit einer arabischen Losung trug. Ich hatte über den Golfkrieg und über die Intifada geschrieben, aus dem Westjordanland und Israel, aus Jordanien und anderen nahöstlichen Ländern

berichtet. Also begrüßte ich den Mann mit den Worten „As-salamu alaikum“. Doch die Reaktion war: „Ich kann kein Arabisch“. „Das verwirrt mich, Bruder“ sagte ich und wies auf sein Schild. „Ach so, deshalb“, erwiderte er. „Die Übersetzung habe ich aus dem Internet. Auf dem Schild steht: ‚Wenn Ägypten Hosni Mubarak loswerden kann, dann kann erst recht Wisconsin Scott Walker loswerden.‘“

Während die meisten der amerikanischen Schmalspurmedien den Zusammenhang nicht mitkriegen, hatten die Leute in Wisconsin ihn kapiert. Die richtige Antwort auf offene Unterdrückung, auf einen Übergriff gegen Grundrechte, besteht nicht darin, die nächste Wahl abzuwarten. Denn wer sich so verhält, verpasst nicht nur die Chancen des Augenblicks, er gibt im Gegenteil den Amtsinhabern und ihren finanziellen Gönnern Gelegenheit, ihre Macht zu rekonstruieren. Die richtige Antwort lautet anders: Auf die Straßen gehen, zum Kapitol, dem Sitz des Parlaments und des Gouverneurs ziehen, Plätze besetzen, dort aushalten, wo man unerwünscht ist, das Banner des Widerstands hissen und andere einladen, sich mit um dieses Banner zu scharen.

Natürlich kam diese Lektion nicht nur aus Ägypten. Aber es waren die Ägypter, die gerade „die Urlosung gesprochen und das Zeichen der Demokratie gesetzt“ hatten, wie es bei Walt Whitman heißt. Ägypten hatte der Welt ein Exempel wirkungsvollen Protests gegeben, und nun folgte Wisconsin diesem Beispiel. Das wiederum elektrisierte andere in Amerika und in aller Welt. So kam es, dass Tom Morello, Gitarrist der Gruppe Rage Against the Machine,

als er im Februar 2012 in Madison auftrat, einen Brief des ägyptischen Aktivisten Amor Eletrebi mitbrachte. „An unsere Freunde in Madison, Wisconsin“, hieß es darin:

*Ich wünschte, ihr könntet euch mit eigenen Augen davon überzeugen, welchen Wandel wir hier bewirkt haben. Gerechtigkeit ist etwas Wunderschönes, doch Gerechtigkeit gibt es niemals gratis. Die Schönheit des Tahrirplatzes – die könnt ihr überall haben, an jeder Straßenecke, in jeder Stadt oder in euren Herzen. Also bleibt standhaft und lasst nicht los. [...] Atme tief durch, Wisconsin, denn es liegt Gerechtigkeit in der Luft. Möge der Geist des Tahrirplatzes heute ein jedes Herz, das in Madison schlägt, erfüllen.*

„Madison ist das nächste Kairo“, rief Morello den Tausenden von Studenten, Schülern und Gewerkschaftsmitgliedern zu, die um ihn herum die Rotunde des Kapitols füllten. Er sollte in fast jeder Hinsicht Recht behalten. Tag für Tag riefen die Aktivisten von Wisconsin Gleichgesinnte auf die Straßen und Plätze, und diese kamen in immer wachsender Zahl. Als essenzielle Instrumente der Mobilisierung erwiesen sich die Sozialen Medien, aber auch radikale Slogans, die eher an die antifaschistischen Kämpfer der 1930er Jahre erinnerten als an die üblicherweise sanfteren Töne heutiger Kampagnen. Die Massendemonstrationen in Wisconsin rüttelten einen US-Bundesstaat und eine Nation auf, und sie machten der ganzen Welt Mut. Nach Kairo nun also Madison, wo man Tausende drei Wochen lang das Kapitol besetzt halten sah; wo Hunderttausende das Staats- und Regierungsgebäude umzingelten und die Straßen der Stadt füllten; wo Abgeordnete der Demokratischen Partei Kompromiss Kompromiss sein ließen und Kooperation Kooperation, um sich stattdessen auf die Seite der Demonstranten zu stellen. Oder nehmen wir „Ian's Pizza“, ein Restaurant in der Nähe des besetzten Kapitols, das die dort Ausharrenden mit Essen belieferte: Bald meldeten sich bei „Ian's“ Anrufer aus allen Teilen des Landes, die den Studenten, Schülern und Gewerkschaftern im Fernsehen zuschauten und Pizzen für sie ordern wollten. Aus allen

50 US-Bundesstaaten kamen derartige Anrufe. Schließlich waren es sogar über 60 Länder auf allen Kontinenten, selbst die Antarktis fehlte nicht. Irgendwann, als die Aktionen schon wochenlang liefen, nahm eine Mitarbeiterin bei „Ian's“ den Hörer ab, und die Bestellung kam diesmal vom Vorsitzenden des Verbandes der Suezkanalarbeiter. Der Kreis des weltweiten Aufbegehrens hatte sich geschlossen.

Leider sollte das aber auch für die harten Lektionen gelten, die Bewegungen, nachdem sie so romantisch begonnen haben, noch lernen müssen. Die Transformation Ägyptens verlief bald weniger transformativ, als die auf dem Tahrirplatz zusammengeströmten Massen anfangs erhofft hatten. Und die Bewegung in Wisconsin tat sich ihrerseits schwer damit, den Übergang von der Straße in jene Art Wettstreit um die politische Macht zu bewältigen, die in der elektoralen Sphäre ausgetragen wird. Gewiss, es gab beachtliche Siege. Die Bewegung machte von Instrumenten der direkten Demokratie Gebrauch, die progressive Reformer ein Jahrhundert zuvor in die Verfassung des Staates Wisconsin eingefügt hatten. So konnte die Bewegung gewerkschaftsfeindliche Abgeordnete zwingen, sich „Recall“-Neuwahlen zu stellen. Dabei wurden so viele dieser Leute abgewählt, dass die Kontrolle des Senats in Wisconsin von Walkers Republikanern auf Demokraten überging, die sich für die Verteidigung der öffentlich Beschäftigten, der öffentlichen Dienste und des öffentlichen Bildungswesens stark machten.

Die romantischen Revolutionäre von Wisconsin – die, wie sich zeigte, erheblich lebensstüchtiger waren als die meisten Mainstream-Liberalen – jagten den Politikern und ihren milliarden-schweren Wahlkampfspendern, die angenommen hatten, *money power*, die Macht des Geldes, werde sie jederzeit schützen, einen gewaltigen Schrecken ein. Und als da eine Massenbewegung entstand, die Walker zwang, sich noch einmal den Wählern zu stellen (und zwar nicht

erst bei den nächsten regulären Wahlen, sondern in einem auf Verlangen der Wählerschaft eigens angesetzten Abwahlverfahren), da wog die Aussicht auf die Entfernung dieses Politikers aus dem Amt schwer genug, um die Wirtschaftseliten im nationalen Maßstab zu mobilisieren.

Zu den bedauerlichsten Eigenarten jeder Bewegungspolitik und insbesondere solcher, die eine radikale Wende erstreben, gehört es, dass Anspruch und Erfolg allzu leicht auf isolierte Wahlergebnisse reduziert werden, so als genüge das Resultat einer einzigen Wahl als Maßstab für Macht und Einfluss einer Bewegung. Das geht an der Realität vorbei. Die Geschichte liefert nur wenige Beispiele, in denen Wahlen über das Schicksal eines Staates oder einer Nation entschieden, und wo dies einmal der Fall war, bedeutete es kaum je eine Wendung zum Besseren.

Ernst zu nehmenden Verfechtern des Fortschritts ist das durchaus bewusst. Doch unglücklicherweise sind in den Medien Leute, denen es mit dem Fortschritt ernst ist, geschweige denn ernst zu nehmende Radikale, selten in Positionen, die es ihnen erlauben, politische Vorgänge wie etwa Wahlresultate in die größeren Zusammenhänge einzuordnen. Nachdem jetzt die ersten Runden der Wahlbewegung von Wisconsin entschieden sind, sollten wir allerdings ebendies tun: Genau analysieren, was konkret geschah, und die Erfahrungen radikaler Anführer der Geschichte zu Rate ziehen, um die Geschehnisse in ihren Zusammenhang, ihre Perspektive zu stellen – nicht nur aus dem engen

Blickwinkel der Wahlpolitik, sondern darüber hinaus auf die weiter reichenden Aussichten einer Bewegungspolitik schauend.

Der Architekt jener progressiven Bewegung, die vor hundert Jahren Wisconsin – bis dahin ein relativ unbeachteter Staat im Mittleren Westen – in Amerikas „Demokratie-Labor“ verwandelte, hieß Robert M. La Follette. Ihm war klar, dass Empowerment-Experimente manchmal schiefgehen.

*Wir sind in diesem Lande lange Zeit bequemerweise von der Annahme ausgegangen, weil unsere Regierungsform demokratisch sei, liefere sie auch automatisch demokratische Ergebnisse. Nun wohnt aber den Formen und Namen demokratischer Institutionen keine geheimnisvolle Macht inne, die sie befähigen könnte, ganz von selbst zu funktionieren.“ La Follette hatte allerhand Niederlagen erlitten, ehe er diese Feststellung traf: „Tyrannei und Unterdrückung sind in den Formen der Demokratie genauso möglich wie unter jeder anderen Form der Machtausübung.*

Seine Worte fanden durch die Jahrzehnte hindurch ihr Echo, als sich am Abend des 5. Juni 2012 erwies, dass die Macht der Wisconsin-Bewegung nicht ausgereicht hatte, Scott Walker aus dem Gouverneursamt zu entfernen. Dabei hatte die Bewegung doch von dem mächtigsten der Instrumente Gebrauch gemacht, die La Follettes Laboratorium zu dem Zweck entwickelt hatte, Amtsträgern besser auf die Finger schauen zu können: dem Petitionsrecht zur Erzwingung von Neuwahlen mit dem Ziel, Politiker, die ihr Amt missbrauchen, zum Rückzug zu zwingen.

## **Engagierte Republikaner, müde Demokraten**

Dass die Kampagne gegen Walker scheiterte, musste die gewerkschaftlich Organisierten in Wisconsin und ihre Familien ebenso tief enttäu-

schen wie die großartige Bewegung der Aktivisten, die sich so zahlreich gegen den Gouverneur und seine Politik engagiert hatten. Zugleich



aber liefert diese Niederlage wertvolle Einsichten, nicht allein für Wisconsin, sondern für die ganze Nation. Sie kommt in einer Zeit, in der das Land mit fundamentalen Fragen der Machtkontrolle ringt: Wie kann man der Macht der Konzerne und der Konservativen überhaupt noch entgegenwirken, nachdem die Entscheidungen des U.S. Supreme Court geradezu garantiert haben, dass Geld die amerikanische Politik dominiert? Die Lehren von Wisconsin sind vor diesem Hintergrund entmutigend, ja erschreckend, weil sie zu der Annahme verleiten können, die Macht des Geldes sei so gut wie unbesiegbar geworden. Ebenjene *money power*, die schon von den Populisten und Progressiven einer vergangenen Ära als die schlimmste Bedrohung der Demokratie erkannt wurde, habe sich jetzt als eine Macht organisiert, der selbst die entschlossenste *people power* kaum noch Herr werden könne.

Es steht außer Frage, dass der Ausgang der Kraftprobe von Wisconsin alle fortschrittlichen Kräfte aufschrecken muss. Walkers Wahlkampfgelei übertrafen diejenigen seines demokratischen Herausforderers um das Achte, während die hinter dem Gouverneur stehenden Milliardäre den Bundesstaat ihrerseits mit Dutzenden von Dollarmillionen für „unabhängige“ Initiativen zu Walkers Gunsten überschwemmen. Das Resultat sollte Alarmsirenen schrillen lassen – auf jeden Fall bei allen fortschrittlichen Menschen Amerikas, aber vielleicht auch international, denn die Vereinigten Staaten neigen bekanntlich dazu, ihre politischen Pathologien zu exportieren.

Die Strategen vom stramm rechten Flügel der amerikanischen Politik haben ein weit raffinierteres Verfahren dafür entwickelt, wie man Geld in Politik umsetzt, als es jemals zuvor irgendwo sonst zum Einsatz kam. Ebendieses Verfahren haben sie in Wisconsin getestet und sich damit durchsetzen können, obwohl es dort um einen zutiefst umstrittenen, skandalumwitterten Gouverneur ging.

Es wäre jedoch kurzschlüssig anzunehmen, eine neue Ordnung des organisierten Großen Geldes werde fortan organisiertes Volk unweigerlich schlagen. Wer so urteilt, übersieht, dass auch die engagierten Arbeiter, Bauern, Studenten und community activists, die die Bewegung zur Absetzung des selbtherrlichen Walker organisiert haben, in Wisconsin experimentierten. Sie machten Fehler, besonders in ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Und doch verstanden sie mehr von der Richtung, die Amerikas Politik einschlagen sollte, als die Berufspolitiker. Ihr schwerster Fehler bestand gerade darin, dass sie die Leitung des Kampfes auf zu vielen Ebenen Funktionären der Demokratischen Partei überließen, die keine Ahnung davon hatten, wie man eine Kampagne auf der Grundlage einer Bewegung oder einer die Menschen mobilisierenden Fragestellung organisiert.

Es waren Politiker der nationalen Führungsebene der Demokraten, die Wisconsins Bewegung letzten Endes im Stich ließen, Leute, die nie wirklich begriffen, dass ihre nationalen Gegenspieler – der Vorsitzende des Republikanischen Nationalkomitees, Reince Priebus, und der frühere Politikzar des Weißen Hauses unter George W. Bush, Karl Rove – die Gelegenheit nutzten, Strategien für die kommenden Präsidentschafts- und Kongresswahlen im November 2012 zu erproben und zu verfeinern. Und dass, wer sich im Herbst mit ihnen messen will, es diesen Strategen hätte gleichtun sollen. Doch auch wenn die Parteispitze der Demokraten nicht begriff, was in Wisconsin geschah und welche Chance darin steckte, hat die Wisconsin-Bewegung von sich aus und für sich wichtige Lehren gezogen.

Es war ja durchaus keine totale, keine überwältigende Niederlage, die die Wisconsin-Bewegung mit ihrer Abwahl-Initiative erlitt. Es gelang sogar, die republikanische Mehrheit im Senat des Bundesstaates zu brechen. Und gleichzeitig stimmten über 47 Prozent der Wählerinnen und Wähler dafür, einen „Rock-Star“ der Rechten aus dem Amt zu entfernen, obwohl dessen

Wiederwahl von der Republikanischen Partei, der konservativen Bewegung und jenem berühmten-berühmtesten einen Prozent, den Multimillionären und Milliardären, als nationale Priorität betrieben wurde.

Für jene, die Demokratie als eine Sportart verstehen, bei der sie zuschauen, bis die Partie mit dem Wahltag zu Ende ist, waren die Ergebnisse der *recall election* in Wisconsin einfach niederschmetternd. Aber wer sich klarmacht, welchen Weg Wisconsin – und andere Bundesstaaten wie etwa Ohio, wo das Recht auf Kollektivverhandlungen per Referendum wiederhergestellt wurde – seit 2010 zurückgelegt haben, wird den Wisconsin-Recall trotz allem als Meilenstein des Fortschritts werten. Noch vor zwei Jahren, bei den Zwischenwahlen, hatten ja die Republikaner fast überall Oberwasser. Jetzt hingegen markiert Wisconsin in vielerlei Hinsicht ermutigende Fortschritte.

Erinnern wir uns: Es waren einige der größten Massendemonstrationen in der neueren Geschichte der Arbeiterbewegung, die Walkers Angriff auf gewerkschaftliche Rechte im Februar 2011 provoziert hatte. Diese Protestbewegung nahm das Occupy-Phänomen vorweg, als sie Wisconsins Kapitol drei Wochen lang besetzt hielt und den mittlerweile allgegenwärtigen Slogan „Blame Wall Street – Not the Workers“ prägte: Es sind die Verantwortlichen der Finanzkrise, nicht die Arbeitenden, die zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Das weltweit wachsende Aufbegehren gegen die Austeritätspolitik inspirierte die Demonstrantinnen und Demonstranten von Wisconsin ebenso, wie ihre Bewegung wiederum weltweit ausstrahlte.

Doch der Gouverneur ließ zu keinem Zeitpunkt von seiner „Teile-und-herrsche“-Agenda ab. Seine Attacke galt nicht allein den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, sondern darüber hinaus den öffentlichen Dienstleistungen und Bildungseinrichtungen überhaupt. So verbreitete sich in Wisconsin der Eindruck, Walker sei

nur auf eine Weise zu stoppen: durch seine Entfernung aus dem Amt mit Hilfe des Rechtes auf *recall*, das es der Wählerschaft ermöglicht, „Abhilfe gegen Missstände“ einzufordern und, sofern die nötige Zahl an Unterschriften zusammenkommt, eine Neuwahl erzwingen.

Die *recall vote* von Wisconsin war erst die dritte in der US-Geschichte, die dem Gouverneur eines Bundesstaats galt. Die vorherigen beiden Abwahlinitiativen gingen von der Rechten aus und konnten sich auf beträchtliche Unterstützung aus Wirtschaftskreisen stützen. Doch in Wisconsin war das ganz anders. Hier waren es die Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten, die das Votum erzwangen, und sie stützten sich auf Graswurzel-Aktivisten in jeder Gemeinde, jedem Dorf und jeder Stadt dieses Bundesstaats, die über 900 000 Unterschriften zusammenbrachten (mehr als 40 Prozent der Zahl jener, die sich an der vorausgegangenen Gouverneurswahl beteiligt hatten).

Walkers Reaktion bestand darin, nach Texas, Florida und Kalifornien zu jetten und eine Wahlspendensammlung zu starten, bei der schließlich mehr als 35 Millionen Dollar zusammenkamen. So viel Geld hatte in der Geschichte Wisconsins noch nie irgendwer aufgetrieben, der sich um ein Amt in diesem Staate bewarb. Und das Geld kam ganz überwiegend – unterm Strich zu über 70 Prozent – von außerhalb nach Wisconsin. Dieses Geld war gut angelegt, denn es gelang auf seiner Basis massenwirksam eine Botschaft zu vermitteln, die purer Phantasie und Manipulation entsprang: Oben war demnach unten, rechts war links, und Walkers Wirtschaftspolitik (die Wisconsin die schlimmsten Arbeitsplatzverluste im ganzen Lande eingebracht hatte) war angeblich „wirksam“.

Aber es war nicht Walkers Wirtschaftspolitik, es war seine Wahlwerbung, die wirkte. Sie ließ seine Umfragewerte steigen, während die Demokraten und ihre Verbündeten darum rangen, einen geeigneten Herausforderer zu benen-

nen. Dieser demoskopische Vorsprung Walkers wiederum erschreckte die Strategen in der nationalen Parteiführung der Demokraten und ließ sie über Gebühr zögern, ob und wie stark sie sich in die Auseinandersetzung einschalten sollten.

Die andere Seite war nicht so zimperlich. Reince Priebus als Vorsitzender des Nationalkomitees der Republikaner (RNC) – er stammt aus Wisconsin – war stets all in, voll engagiert. Das Gleiche galt für die wichtigsten Sponsoren seiner Partei. Und darauf kam es an. Die Rechtslage in Wisconsin erlaubte es Walker, in dem Zeitraum bis zur förmlichen Ausschreibung der *recall election* Geldmittel in unbegrenzter Höhe einzuwerben. Ihm gingen Schecks über bis zu 500 000 Dollar zu. Und Milliardäre, die nicht direkt in die Wahlkampfkasse einzahlten, unterstützten ihn mit der Finanzierung „unabhängiger“ Initiativen. Zu nennen wäre etwa Joe Ricketts, ein sagenhaft reicher Online-Aktienhändler, der einmal bei der Vorbereitung einer rassistisch-musschwangeren Kampagne gegen Präsident

Obama erwischt worden war und der jetzt initiativ wurde, um Walker zu verteidigen und Tom Barrett, den demokratischen Herausforderer des Gouverneurs, anzugreifen.

Es ist viel darüber spekuliert worden, ob die Dinge in Wisconsin anders gelaufen wären, wenn Obama, die nationale Ebene der Demokraten und deren Sponsoren sich rückhaltlos für Tom Barrett eingesetzt hätten. Doch das geht am Kern der Sache vorbei. Dass die Republikaner und ihre Verbündeten jetzt Geld in unbegrenzter Menge mobilisieren können und einsetzen dürfen, ist ein neuer Faktor, nicht nur in Wisconsin, sondern in der amerikanischen Politik überhaupt. Und dieser Faktor könnte sich als entscheidend erweisen, sofern Demokraten und Progressive nicht sehr bald begreifen, was die Stunde geschlagen hat. Sie hätten sich in Wisconsin nicht nur deshalb vor Ort einsetzen sollen, weil es galt, Walker zu schlagen. Sie hätten sich ein Bild davon machen können, wohin die Politik in Amerika unter den Bedingungen eines neuen Zeitalters des Großen Geldes treibt.

## Lehren für die Linke

Die größte Gefahr ist, wie immer, dass die Linke die falschen Lehren zieht, in diesem Fall aus der knappen Niederlage bei einer einzelnen Wahl.

Die Lektion besteht nicht etwa darin, dass Demokraten und Gewerkschaften herausfinden müssen, wie sie mit den finanziellen Möglichkeiten der Republikaner und der Konzerne gleichziehen können. Das ist schlicht unmöglich. Lautet die Lehre aus Wisconsin also, dass die Zeit für jede Art progressiver Wahlpolitik in Amerika vorbei ist? Nicht zwangsläufig.

Wisconsin lehrt, dass big money jetzt in der amerikanischen Politik tatsächlich eine große-

re Rolle spielt, vielleicht größer als je zuvor. So kann es sich eines beschädigten Kandidaten wie Scott Walkers annehmen und diesen zum Sieger umwidmen. Diese Botschaft ist Musik in den Ohren der Republikaner, die nur zu oft mit beschädigten Kandidaten dastehen. Aber diese Botschaft muss nicht das letzte Wort sein.

„Die Progressiven müssen nicht genauso viel Geld haben wie die Konservativen, um in Wahlkämpfen bestehen zu können“, sagt Fred Kessler, Abgeordneter aus Wisconsin im US-Repräsentantenhaus. Der Demokrat hat ein halbes Jahrhundert hindurch Wahlkämpfe geführt.

*Sie müssen eben herausfinden, wie sie mit dem Geld, das sie haben, so umgehen, dass sie big money Paroli bieten können. Und das erreicht man, indem man den Kampf so anlegt, dass er über eine politische Routinekampagne hinausweist.*

In Wisconsin taten die Demokraten sich schwer mit ihrer Wahlkampfaußage. Sie versuchten, den Radikalismus der Kapitol-Besetzer von 2011 – deren Symbol eine geballte „Solidarität“-Faust mit den Umrissen ihres Staates war – engzuführen in die Bahnen konventioneller Politik. Das funktionierte nicht. Die monatelange Weichspülung wichtiger Themen – von der Bildungspolitik bis zu Wahlrechtsfragen – nahm der Botschaft der Bewegung, die den Protest formuliert und für die Recall-Petition mobilisiert hatte, letztlich die Spitze.

Die Frage der Arbeiterrechte, die doch im Zentrum der Proteste stand, wurde beiseitegeschoben. Im Ergebnis stimmte ein Drittel der Wählerinnen und Wähler, die angaben, aus einem „gewerkschaftlichen Haushalt“ zu kommen, oder sogar noch mehr für Walker. Die Gewerkschaften des privatwirtschaftlichen Bereichs mühten sich erst in den Wochen vor der Wahl am 5. Juni 2012 ab, ihre Basis zu mobilisieren, was sie von Anfang an hätten tun sollen.

Auch was das Abwahl-Begehren selbst angeht, gab es große Probleme, die Stoßrichtung der Kampagne klar herauszuarbeiten. Walker stützte sich lange Zeit vor allem auf das – durch bezahlte Anzeigen und ständige Auftritte in seinem Lieblingssender Fox News bekräftigte – Argument, die *recall election* sei bloß eine Trotzreaktion, parteipolitischer Launenhaftigkeit entsprungen und Geldverschwendung. Es gelang zu keinem Zeitpunkt, diesen Vorwurf mit der Berufung auf die direkte, am Volkswillen orientierte Demokratie durchschlagend zu entkräften.

Was hätten die Demokraten und die Gewerkschaften anders machen können? Sie hätten beispielsweise ihre Werbemittel klüger einset-

zen können. Millionen wurden für Fernsehspots gegen die Person des Gouverneurs ausgegeben, eine Figur, deren Beliebtheitswerte ohnehin schon im Keller waren und die auch wegen strafrechtlicher Ermittlungen gegen Mitarbeiter und Sponsoren bereits unter medialem Druck stand. Man hätte besser einen Teil des Geldes dazu verwendet, frühzeitig für die Inhalte der Kampagne zu werben, für das Recht auf Kollektivverhandlungen und für die Abwahl-Initiative.

Amerikas Demokraten sind eben – wie viele ihrer Mitte-Links-Pendants in Europa auch – nicht besonders geschickt darin, öffentlichen Debatten die richtige Stoßrichtung zu vermitteln. Und Wisconsin war zweifellos ein Exempel für diese Schwäche. „Wenn man frühzeitig ein wenig Geld einsetzt, sind die späteren Stadien einer Kampagne viel leichter zu bewältigen“, sagt Steve Cobble, einst Wahlkampfhelfer des schwarzen Präsidentschaftsbewerbers Jesse Jackson. Wenn man frühzeitig in die inhaltliche Profilierung einer Kampagne investiert, kann man *the most bang for the bucks* bekommen, also das Beste aus den verfügbaren Mitteln herausholen, und ist, auch wenn man weniger Geld hat als die Gegenseite, kampagnenfähig. Für Gewerkschaften und progressive Initiativen gilt die gleiche Regel.

Aus Wisconsin zu lernen ist gerade für die progressive Seite so wichtig, weil die Konservativen ihre Lektionen ohne Zweifel gelernt haben – und die handeln in erster Linie davon, wie sich mit Hilfe des Großen Geldes selbst Massenbewegungen ausstechen lassen. Was Progressive allerdings gerade nicht aus Wisconsin ableiten sollten, ist die Annahme, Massenbewegungen könnten nie und nirgends gegen das Große Geld gewinnen.

Die Gewerkschaften und ihre Verbündeten haben in die Mobilisierung der städtischen Wählerschaft von Wisconsin investiert, insbesondere der afroamerikanischen Wählerinnen und

Wähler in Städten wie Milwaukee und Racine. Und das half. Die Wahlbeteiligung stieg enorm an, und zwar so sehr, dass man am Tag der Abstimmung das Personal der Wahllokale in vorwiegend afroamerikanischen Stimmbezirken durch anderswo abgezogene Kräfte verstärken musste, um einen geordneten Ablauf der Dinge zu sichern.

„Man darf nicht all sein Geld für TV-Werbung ausgeben. Man muss es vor Ort einsetzen“, sagt die Kongressabgeordnete Gwen Moore, Demokratin aus Wisconsin, die Milwaukee im US-Repräsentantenhaus vertritt.

*Das ist in der Tat das wichtigste, was man aus Wisconsin lernen kann. Es war das vor Ort investierte Geld, das so viel mehr Wähler der Demokraten an die Urnen gebracht hat. Auch wenn es nicht ganz gereicht hat, müssen die Leute sich klar machen: Das ist der Ausgangspunkt. Und es ist die Grundlage dafür, beim nächsten Mal gewinnen zu können.*

Kein Zweifel: Es wird ein nächstes Mal geben, und zwar nicht nur in Wisconsin, sondern auch auf nationaler Ebene. Der Kampf darum, Walker per Abwahl aus dem Amt zu entfernen, war eine notwendige und überzeugende Ausweitung der Massenbewegung in den Straßen von Madison und anderen Städten Wisconsins auf die elektorale Ebene. Dass der Erfolg ausblieb, ist tief enttäuschend. Aber das letzte Wort kann es nicht sein.

Die Republikaner werden nicht aufhören, ihre Austeritätsprogramme voranzutreiben, in Wisconsin wie überall in Amerika. Und die fortschrittlichen Kräfte müssen besser lernen, ihnen zu begegnen, sowohl auf der Straße als auch an den Wahlurnen. Hören wir auf La Follette, jenen Fortschrittspionier in Wisconsin, der reichlich Niederlagen einstecken musste, bevor er seine ersten Siege über die robber barons seiner Zeit erringen konnte. La Follette hatte verstanden, worum es – damals wie heute – geht: „Wir begreifen es nur langsam“, sagte er, „aber Demokratie ist eine Lebens-

form; und sie beinhaltet andauernden Kampf.“ Ergänzend erklärte er: „Nur wenn in jeder Generation diejenigen, die die Demokratie lieben, mit aller Kraft dem Druck ihrer Feinde widerstehen, können die Ideale der repräsentativen Regierungsform auch nur annäherungsweise verwirklicht werden.“

Es wäre falsch anzunehmen, La Follette habe lediglich die elektorale Seite der Politik gemeint. Vor hundert Jahren war den radikalen Verfechtern des Fortschritts in Amerika klar, dass das Wahllokal weder Ausgangs- noch Zielpunkt der Politik sein kann. Die Progressiven unserer Zeit müssen dies gleichfalls begreifen. Es ist an der Zeit, den alten Debatten ein Ende zu machen, in denen Organisierung- gegen Wahlerfolge ausgespielt werden, die Straße gegen die Wahlurne, drinnen gegen draußen. Amerika braucht eine ganzheitliche Linke, die in jedem Stadium und auf jeder Ebene politikfähig ist.

Um dies zu erreichen, muss die kommende Linke in den Vereinigten Staaten wie die Linke überall die Anforderungen der Massenmobilisierung und die der Wahlkampfführung besser miteinander in Einklang bringen. Diese beiden Politikformen unterscheiden sich fundamental voneinander. Sie müssen aber nicht notwendigerweise in Widerspruch zueinander stehen. In den demokratischen Staaten unserer Zeit dürfen sie einander sogar durchaus nicht widersprechen. Wie man die beiden Seiten besser ausbalanciert, ist die Schlüsselfrage.

Was in Wisconsin von Anfang an gut funktionierte, war die Massenmobilisierung. Wer an den Demonstrationen beteiligt war, veränderte sich, und zwar grundlegend und dauerhaft. Die Demonstranten lernten, sich als Teil einer Erhebung zu begreifen – und als Teil der daraus erwachsenden Bewegung. Aus dieser Bewegung heraus wurde dann eine Vielzahl konkreter Forderungen entwickelt: nach Streikmaßnahmen, Gerichtsverfahren, organisierter



Werbung weiterer Teilnehmer, Wahlkampfaktivitäten.

Aufgrund der amerikanischen Neigung, strittige Fragen der Wahlkampfarena zu überlassen – obwohl doch Wahlen so selten Klarheit schaffen –, konzentrierte die öffentliche Aufmerksamkeit sich rasch und bald überwiegend auf Wahlkampffragen.

Unglücklicherweise diente die Entwicklung des Forderungskatalogs letztlich nur dazu, die Grenzen elektoraler Politik in Amerika aufzuzeigen. Wie also sollte das Kalkül einer Bewegung, die immer noch sehr unfertig ist, für ihr künftiges Vorgehen aussehen? Zu einfach wäre es, schlicht mehr Organisationsarbeit zu fordern – so sehr es auf diese ankommt – oder konstant auf Massenmobilisierung zu setzen. Das wäre in einer Demokratie, in der Politik- und Richtungsentscheidungen letztlich den Wählerinnen und Wählern zu unterbreiten sind, ungenügend und jedenfalls zu wenig.

Aber einfach in den elektoralen Prozess zu investieren, so wie er heute abläuft, wäre politische Idiotie. Das amerikanische Wahlsystem muss sich ändern. Die Hindernisse, die *money power* und die rigide Zwei-Parteien-Struktur politischer Aktivierungsarbeit in den Weg stellen, erschweren die Übersetzung von Bewe-

gungspolitik in Wahlpolitik selbst dann, wenn alles richtig gemacht wird. Und für Fehler und Irrtümer gibt es überhaupt keine Toleranzmarge mehr, wenn auf der anderen Seite die mächtigsten Interessengruppen der Welt stehen – mit all ihrem Geld.

Was aber folgt daraus für diejenigen, die eine Bewegung schaffen, mobilisieren wollen?

War Wisconsin lediglich der westlichste Ausläufer des Arabischen Frühlings von 2011? Bleibt für uns nicht viel mehr übrig als die Erinnerung an großartige Augenblicke und die Bilanz der nachfolgenden Enttäuschungen?

Das muss nicht so sein.

Die kommende Linke der Vereinigten Staaten steht vor der gleichen Aufgabe wie wohl die kommende Linke in all jenen reichen Ländern auch, deren Eliten beschlossen haben, dass eine brutale Austeritätsagenda ihren Eigeninteressen am besten dient: Sie muss sich der Zukunft zuwenden. Wie diese gestaltet werden soll, muss im Zentrum ihrer Argumentation stehen. Sie kann nicht nach den Regeln der Money-Power-Interessen spielen, die Politik auf ein Spielfeld verlagern, auf dem sie selbst niemals verlieren.

Wo anfangen?

## **Eine humane Austeritätspolitik ist unmöglich**

Vielleicht am besten mit dem, was funktioniert? Sinnvolle Wahlpolitik ist unvorstellbar, bevor eine sinnvolle Massenmobilisierung gelingt. Das Beflügelnde an Wisconsin war die Massenmobilisierung, die Hunderttausende von Bürgern auf die Straßen und zum Staatskapitol in Madison brachte. Organisieren wir also mehr davon. Es waren die Ergebnisse progressiver Mobilisierungsarbeit, die Amerikas Politiker

auf lokaler und einzelstaatlicher wie auf nationaler Ebene letztlich zwangen, das Notwendige zu tun – und zwar nicht nur in den 1950er und 1960er Jahren, als die Bürgerrechts-, die Antikriegs- und die Umweltbewegungen so einflussreich wurden. Es gilt auch für die letzten Jahre, in denen es etwa mit Demonstrationen für die Rechte von Einwanderern gelang, drakonische Vorschläge zur Bestrafung von Arbeitern ohne

Personaldokumente zu durchkreuzen. Und selbst wenn es nicht gelingt, durch Initiativen zur Massenmobilisierung den gewählten Politikern sozusagen die Hand zu führen, erwachsen aus ihnen doch Bewegungen. Kundgebungen, Demonstrationen, Besetzungsaktionen und gezielte Initiativen sind ganz einfach die besten Mittel, mit denen sich Menschen in den Kampf einbeziehen lassen. Sie schaffen Dynamik und veranlassen Aktivistinnen und Aktivisten, die vorher nicht in Verbindung miteinander standen, sich zusammenzutun und auf spezifische Forderungen zu konzentrieren.

Doch sehen wir noch genauer hin: Die Mobilisierung in Wisconsin war die Antwort auf eine unmittelbar gegenwärtige Gefahr. Aus diesem Grund gelang es, Massen in Bewegung zu bringen. Aus der Occupy-Bewegung können wir lernen, dass es in Amerika und darüber hinaus möglich ist, Bewegungen zu schaffen, die mit ihren Forderungen positive Ziele setzen.

Die Forderungen können und sollten im Einklang mit dem Entwicklungsstand einer Bewegung festgelegt werden. Unabdingbar ist dabei nur das Eine: dass sie die Wurzeln der Probleme ins Auge fassen. Die extreme Rechte aus Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften hat nicht nur den Vereinigten Staaten, sondern der ganzen Welt eine neue Ordnung zu bieten, die aus buchstäblich allem und jedem, das wir kennen, eine kommerzielle Veranstaltung macht. Der Wettbewerb auf dieser Art von „freiem Markt“ besteht darin, dass diejenigen, die schon mit einem Vorsprung starten, stets den Sieg davontragen. Wir haben es mit einer absurden Phantasie Orwellschen Zuschnitts zu tun, die da besagt, die einzig sinnvolle Maßnahme gegen die Armut sei es, die Reichen noch reicher zu machen. Natürlich wird das nicht funktionieren. Aber wenn wir abwarten, bis die Strategie der Rechtskonservativen, durch Angst und Verwirrung ihre Ziele durchzusetzen, entlarvt und annulliert ist, gibt es vielleicht nicht mehr viel zu retten. Es kommt

entscheidend darauf an, der trügerischen Verheißung der Rechten eine reale Verheißung – der gleichen Größenordnung und ebenso wuchtig – von links entgegenzustellen.

Die untauglichste Reaktion auf die rechte Herausforderung besteht in der Mitte-Links-Verheißung, eine Demokratische Partei in den USA, eine Liberal Party in Kanada oder eine Sozialdemokratische Partei in Deutschland könne mit dem von rechtskonservativen Strategen angeordneten Schlamassel auf „nettere und freundlichere“, irgendwie humanere Art und Weise umgehen. Eine humane Austeritätspolitik gibt es nicht, ebenso wenig wie die Forderung, „alle müssen Opfer bringen“, ernst zu nehmen ist, solange die Reichen den Entscheidungsprozess kontrollieren, in dem Opfer gefordert werden.

Wenn öffentliche Haushalte erstellt werden, geht es entweder darum, Gleichheit und Gerechtigkeit miteinander zu kombinieren, oder um eine Umverteilung von unten nach oben, die Ungleichheit und Ungerechtigkeit weiter verschärft. Wer einen Mittelweg zwischen beidem propagiert, täuscht sich oder betrügt. Es geht darum, mit Tom Paine zu erkennen, dass „was in Maßen gut ist, eben nicht so gut ist, wie es sein sollte“, und sich daran zu machen, eine Agenda der kommenden Linken auszuarbeiten. In einer Zeit, in der die Kräfte der Reaktion schweres Geschütz auffahren, um die Fortschrittkräfte zu diffamieren, werden sie Amerikaner, die faule Kompromisse ablehnen, zweifellos als „Sozialisten“ abstempeln. Sollen sie doch. Für die Linke darf das Wort „Sozialist“ kein Schimpfwort sein. Wenn sie das zulässt, steht jede Vorstellung vom Schutz oder der Ausweitung der öffentlichen Güter, des Gemeinwohls, in der Gefahr, verworfen zu werden, und zwar nicht wegen ihrer Vor- oder Nachteile, sondern weil man sich einer geistigen Hegemonie der Rechtskonservativen fügt.

Amerikas kommende Linke kann durchaus auf sozialistische Ideen aus anderen Ländern

zurückgreifen. Die amerikanische Rechte importiert ja ihrerseits europäische Austeritätsprogramme. Doch Amerikas Linke kann sich ebenso auf das eigene reiche Erbe beziehen, auf sozialistisches, sozialdemokratisches und anarcho-syndikalistisches Denken und Handeln oder das Wirken unabhängiger Radikaler in der Geschichte des eigenen Landes. In seiner letzten großen Streitschrift „Agrarian Justice“ unternahm Paine es, einen Sozialstaat zu entwerfen, der die Reichen besteuert und ihre Schätze den Armen zugutekommen lässt. In den 1840er Jahren saß ein Mitstreiter von Karl Marx im US-Kongress. Die Republikanische Partei war ursprünglich eine Gründung utopischer Sozialisten. Vor hundert Jahren entsandte die Socialist Party Abgeordnete in den Kongress und die größten Städte des Landes hatten Sozialisten als Bürgermeister. Als Franklin Roosevelt seinen New Deal entwarf, konsultierte er den Sozialisten Norman Thomas. Bei der Schaffung der größten Gewerkschaften des Landes und der Bürgerrechtsbewegungen spielten Sozialisten und Kommunisten eine wichtige Rolle. Sowohl demokratische wie republikanische Präsidenten haben den Rat von Sozialisten gesucht. Der langjährige Führer der Democratic Socialists of America etwa, Michael Harrington, diente mehreren Administrationen als Berater – zu Zeiten allerdings, als Amerika noch der Vorstellung anhing, die reichste Nation der Welt werde der Armut ein Ende machen.

Mag sein, dass die Agenda der kommenden Linken nicht so unverwechselbar sozialistisch – oder sozialdemokratisch – ausfallen wird wie frühere Errungenschaften, etwa das öffentliche Bildungswesen, sozialer Wohnungsbau, die Postbank, das Civilian Conservation Corps, Social Security oder Medicare und Medicaid. Sie kann auf neue Ideen zurückgreifen, etwa von Libertären oder Piratenparteien, wo diese die Definition realer Freiheit ausweiten – im Widerspruch zu einem Freiheitsbegriff, der lediglich der Kaschierung der Konzernherrschaft dient. Sie kann sich Programme zu Eigen ma-

chen, die auf die Dezentralisierung der Macht setzen, desgleichen den „langsamen“ Umgang mit Politik und Verwaltung, wie er von der Slow-Food-Bewegung ausgehend mittlerweile in jede Lebenssphäre ausgreift.

Die nächste Linke kann und muss genauso kreativ sein, wie es jene radikalen Bewegungen und Programme waren, die Monarchie, Sklaverei und Faschismus überwand und der Unterdrückung von Frauen ebenso wie der fahrlässigen Zerstörung natürlicher Ressourcen den Kampf ansagten. Doch Kreativität allein wird niemals ausreichen. Zwar leben wir in einer Zeit, in der eine gute Idee schnell und weit herumkommen kann, etwa via Twitter und Facebook. Das Gleiche gilt aber auch für Ängste und Lügen. Und die Macht der Massenmedien kommt beklagenswerter Weise im Großen und Ganzen immer noch eher denen zugute, die Ängste schüren und Lügen verbreiten. Zu den obersten Prioritäten jeder Bewegung gehört deshalb die Entwicklung und Ausweitung der Kommunikationsfähigkeit der Linken.

Es kommt entscheidend darauf an, die Möglichkeiten neuer Medien und Kommunikationstechniken voll auszuschöpfen. Die Mobilisierung in Wisconsin oder Occupy Wall Street wären ja ohne Twitter, Facebook und YouTube gar nicht zustande gekommen. Doch das ist erst der Anfang. Die nächste Linke muss ihre eigenen Medien erfinden und begreifen, dass es erforderlich ist, in die offensive Formulierung und Verbreitung ihrer Argumente genauso massiv zu investieren wie in die organisatorische Arbeit. Es wird nicht ausreichen, bei arbeitenden Menschen Klinken putzen zu gehen. Schließlich sind diese sieben Tage die Woche hindurch rund um die Uhr dem Trommelfeuer der Medien ausgesetzt, die vom Gürtel-enger-schnallen predigen und davon, dass wir alle Opfer bringen müssten. Was die Arbeitenden und ihre Familien brauchen, sind engagierte und mobilisierende Medien, die das Gespräch mit ihnen suchen, in all ihren Sprachen und mit Antworten auf all ihre Sorgen.

Die Schaffung neuer, eigenständiger Medien erfordert Investitionen und Unterstützung von Seiten linker Institutionen, auch von Gewerkschaften, die weniger Geld für die Subventionierung alter politischer Parteien und mehr für die Finanzierung neuer Medien ausgeben sollten. Das allein wird aber nicht ausreichen, wenn der Konzernmacht wirklich etwas entge-

gengesetzt werden soll. Letzten Endes geht es auch darum, die öffentlichen Sender und das community broadcasting so umzustrukturieren, dass alle Auffassungen der Linken ebenso wie der Rechten zu Wort kommen und nicht nur die Konzernlinie gilt. Eine Medienreform zählt, wie sich zeigt, zu den Kernforderungen kommender linker Bewegungen.

## **Ansatzpunkte für die kommende Linke**

Die Forderungen nach einer Reform der Medien müssen einhergehen mit Forderungen nach einer Wahlreform. Die Vereinigten Staaten müssen die money power zähmen, doch dazu wird es erst dann kommen, wenn eine neue Linke eines begreift und ausspricht: Wichtiger als irgendein einzelner Wahlerfolg ist der Kampf darum, die Geldwechsler aus den Tempeln der Macht zu vertreiben. Und mit den Geldwechslern müssen zugleich die korrupten politischen Strukturen und Systeme verschwinden, die einer besseren Politik im Wege stehen: einer Politik, die über eine Pluralität von Parteien vermittelt damit beginnen kann, sich dem tatsächlichen Volkswillen so weit anzunähern wie möglich. Solche Kampagnen für einen grundlegenden Wandel können sich nicht auf die elektorale Seite beschränken. Sie müssen notwendigerweise auch Formen der Massenmobilisierung und des gewaltfreien zivilen Ungehorsams beinhalten, die alle Erfahrungen der Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten und der Gerechtigkeitsbewegungen von Südafrika über Indien bis Myanmar berücksichtigen.

Wir Amerikaner werden es nicht schaffen, wenn wir nur nach innen schauen. Das hat noch nie funktioniert. Wir Amerikaner werden es lernen müssen, die Erfahrungen anderer Länder ernst zu nehmen und zu nutzen. Auch

von Deutschland können Amerikaner, so viel an seiner Politik auszusetzen sein mag, einiges lernen, denn dort sind Medien und Parteienlandschaft weitaus vielfältiger als in den USA. Der Austausch von Erfahrungen, Ideen und Strategien ist wichtig.

Als Jean-Luc Melenchon die französische Sozialistische Partei verließ, um in seinem Lande eine neue Linksformation zu bilden, den „Front de gauche“, gab er freimütig zu, das Beispiel der deutschen Partei Die Linke habe ihn dazu angeregt. Der Erfolg gab ihm Recht. In Amerika sollten wir auf ähnliche Weise erwägen, wie neue politische Gruppierungen zu entwickeln wären – vielleicht als Parteien, vielleicht als Pressure Groups, ähnlich wie Parteien organisiert, aber flexibler –, Gruppierungen, die der kommenden Linken ebenso viel Freiheit von der Demokratischen Partei ermöglichen, wie sie für nötig hält. Mögen die Gelehrten der alten Schule sich die Köpfe kratzen und rätseln, ob das, was sich da herausbildet, eine Ein-Punkt-Kampagne, eine Partei, eine Massenbewegung oder noch etwas anderes sei; ob es in die bestehenden Strukturen hineinpasst oder zu neuen Strukturen führt; ob es sich in erster Linie um eine Massenbewegung handelt, die sich auf Straßen und Plätzen abspielt, oder um eine ausgeklügelte Wahlkampfmaschine. Soll die kommende Linke in den verschiede-

nen Städten und Bundesstaaten doch ruhig unterschiedliche Formen annehmen. Möge sie sich sowohl auf Mobilisierung wie auf Wahlen konzentrieren, mit unterschiedlicher Intensität zu unterschiedlichen Zeiten. Die Hauptsache ist, dass all diese vielfältigen lokalen und regionalen Erscheinungsformen der kommenden Linken miteinander kommunizieren. Und dass ihre Antworten auf die Herausforderungen un-

serer Zeit in sich stimmig sind, realistisch und doch kompromisslos zugleich.

Sich Politik nur in den Kategorien von etablierten Parteien und Wahlen vorzustellen, ist einfach und manchmal beruhigend. Aber die nächste Linke in Amerika muss das Beste der globalen Linken aufgreifen und sich mit den Besten weltweit dabei zusammenschließen, größere Träume zu träumen.

## **Wisconsin und Occupy sind erst der Anfang**

Tom Paine, der mit seinem Werk „Common Sense“ vor fast zweieinhalb Jahrhunderten die amerikanische Revolution auslösen half, hat selbst nie danach gestrebt, in ein Amt der Vereinigten Staaten gewählt zu werden, obwohl diese doch ihre Existenz nicht zuletzt seinem Wirken verdanken. Paine fand, er passe nicht so recht in die ihm bekannten Parteien oder Bewegungen, weder in seinem Geburtsland England, noch in den Ländern seiner Wahl, Amerika und Frankreich, oder wo auch immer der stolze „Weltbürger“ seine Stimme erhob. „Eine Partei“, schrieb Payne 1787, „kennt keinen anderen Antrieb als Stimmungen, keine Auszeichnung außer dem Sieg. Sie verschließt die Augen vor der Wahrheit und verhärtet sich, wo es um aufrichtige Überzeugung geht.“

Die Geschichte gibt Paine Recht, heute wie damals. Parteien sind in unseren Tagen zumeist ebenso enttäuschend wie während des revolutionären Zeitalters, das Paine einläutete. Doch Bewegungen sind etwas anderes als Parteien. Sie sind Bannerträger des Prinzipiellen. Jedenfalls sollte die Zweckbestimmung einer Bewegung nicht darin bestehen, Partei zu werden, sondern vielmehr politische Prinzipientreue zu praktizieren. Parteien, die nicht Ausläufer von Bewegungen sind, sind per se zwecklos. Diese Zwecklosigkeit beraubt aber auch Bewegungen ihres Sinngehalts und hindert sie an der Ent-

faltung dessen, was in ihnen steckt. Deshalb müssen Bewegungen entweder alte Parteien erneuern oder neue Parteien schaffen – nicht so sehr um bei Wahlen zu siegen, sondern um die Zukunft zu gewinnen.

Bewegungen dürfen sich niemals Parteien unterordnen. Vielleicht ist ja die Entwicklung seit Paines Zeiten so weit vorangekommen, dass Bewegungen sich mit Parteien synchronisieren können. Sie können Parteien den Weg weisen. Doch wenn eine Bewegung Wahlerfolge zu ihrem alleinigen Daseinszweck macht, wird sie über den Wahltag hinaus nie wirklich etwas bewirken. Sie wird die Wahlen an sich als Zielgerade, als Selbstzweck betrachten und nicht als Start, als den Anfang des Weges.

Hierin besteht die allerwichtigste Lehre des Wisconsin-Aufstands. Er begann außerhalb des Rahmens elektoraler Politik und konnte in diesem Stadium seine größten Erfolge feiern. Doch als sie sich in die Wahlkampfarena begab, sah die Bewegung sich plötzlich mit all den Pathologien eines kaputten Systems konfrontiert. Entgegen aller Wahrscheinlichkeit konnte sie sogar Siege verzeichnen – vor allem konnte die republikanische Mehrheit im Senat Wisconsins gebrochen werden –, aber sie erlitt auch Niederlagen. Aus dieser Erfahrung kann und sollte man lernen. Die nächste amerikani-



sche Linke muss sowohl auf den Straßen als auch an den Wahlurnen präsent sein. Aber sie darf die Engführungen heutiger Wahlpolitik – oder auch heutiger Kommunikationsformen der Massenmedien – nicht akzeptieren. Die nächste amerikanische Linke muss sich ihren eigenen Weg bahnen und nach den eigenen Regeln spielen. Sie muss ihre eigene Agenda bestimmen und ihre eigenen Medien schaffen, um diese Agenda öffentlich zu machen, für sie zu werben. Sie muss Verhältnisse und Praktiken, die der Demokratie Hindernisse in den Weg stellen, angreifen. Sie muss darauf

vertrauen, dass Wisconsin, Occupy und alles, was da geschah, nur ein Anfang war – dass etwas begonnen hat, das größer und besser ist als das, was wir vorher kannten. Diese neue Linke muss – und zwar nicht selbstbezogen, sondern in Solidarität mit Verbündeten in aller Welt – den Glauben erneuern, den Paine einst, als Amerikas erster revolutionärer Moment heraufzog, in die klassisch gewordenen Worte fasste: „Wir haben alle Gelegenheit und jeden Ansporn, die vornehmste und reinste Verfassung auf Erden zu gestalten. Es steht in unserer Macht, die Welt von neuem zu beginnen.“

## **Weitere Texte zum Thema**

### **Occupy Wall Street Turns One: Learning to Stand, Learning to Speak**

By Ethan Earle, Oktober 2012 (im Erscheinen)

### **The State of the Unions in the United States**

By Sean Sweeney, Oktober 2012